



➤ Rubriken

Öffentliche Bekanntmachungen

- 2. Satzung Änderung Entgeltsatzung öffentliche Abwasserbeseitigung Seite 1
- Friedhofsatzung Seite 2f.
- Gebührensatzung Seite 13f.
- Vertretungsbefugnis Seite 17

Stellenausschreibungen

- Mitarbeiter/-in im Service KDZ Mainz Seite 17
- Sachbearbeiter/-in Führerscheinstelle Seite 17
- Leiter/-in Kita Mombach Hauptstr. Seite 18

Gremien

- Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Sport Seite 19
- Ortsbeirat Mainz-Ha/Mü Seite 19
- Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim Seite 19f.
- Haupt- und Personalausschuss Seite 20
- Ortsbeirat Mainz-Oberstadt Seite 20f.
- Ortsbeirat Mainz-Neustadt Seite 21
- Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim Seite 22
- Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie Seite 22f.
- Kulturausschuss Seite 23

Impressum Seite 23

➤ Öffentliche Bekanntmachungen

2. Satzung

zur Änderung der Entgeltsatzung für die öffentliche Abwasserbeseitigung der Stadt Mainz und der Verbandsgemeinde Bodenheim vom 03.12.2009, zuletzt geändert durch Satzung vom 16.12.2011, vom 21.01.2015

Der Verwaltungsrat des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts, hat am 20.01.2015 aufgrund des § 86 a der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.05.2014 (GVBl. S. 72) in Verbindung mit § 3 der Satzung für die Anstalt des öffentlichen Rechts „Wirtschaftsbetrieb Mainz“ vom 18.12.2008 in Verbindung mit den §§ 2, 7 und 13 des Kommunalabgabengesetzes Rheinland-Pfalz (KAG) vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2011 (GVBl. S. 25), sowie

des § 2 Abs. 1 und Abs. 3 des Landesabwasserabgabengesetzes (LAbwAG) vom 22.12.1980 (GVBl. S. 258), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2010 (GVBl. S. 299) folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 22 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

- (5) Soweit Wassermengen nach Absatz 2 nicht einer öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung oder -anlage zugeführt werden, bleiben sie bei der Bemessung der Gebühren unberücksichtigt, wenn der Gebührenschuldner dies innerhalb eines Monats nach Ende des betreffenden Erhebungszeitraumes schriftlich beim Wirtschaftsbetrieb Mainz AÖR beantragt. Die nicht einer öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung oder -anlage zugeführten Wassermengen sind durch geeichte Wasserzähler nachzuweisen. Soweit keine Messung durch geeichte Wasserzähler möglich ist, können als Nachweis auch nachprüfbar Unterlagen anerkannt werden, die mit hinreichender Sicherheit eine zuverlässige Schätzung der nicht eingeleiteten Wassermenge ermöglichen.

Artikel 2

Diese Satzung tritt zum 01.02.2015 in Kraft.

Mainz, 21.01.2015
Wirtschaftsbetrieb Mainz
Anstalt des öffentlichen Rechts

gez.

gez.

Jeanette Wetterling
Vorstand

Michael Paulus
Vorstand

Hinweis:

Gemäß § 24 Absatz 6 der Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmung über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

oder



2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Anstalt unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

FRIEDHOFSSATZUNG

des
Wirtschaftsbetriebes Mainz
Anstalt des öffentlichen Rechts
(WBM)

vom 21.01.2015

Aufgrund des § 3 Abs. 1 der Wirtschaftsbetriebssatzung vom 18.12.2008 in Verbindung mit § 24 und § 86 a Abs. 3 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19.08.2014 (GVBl. S. 181), sowie aufgrund des Landesgesetzes über Friedhofs- und Bestattungswesen vom 04.03.1983 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 15.09.2009 (GVBl. S. 333), hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 20.01.2015 die folgende Satzung beschlossen:

INHALTSÜBERSICHT

1. **Allgemeine Vorschriften**
 - § 1 - Geltungsbereich
 - § 2 - Friedhofszweck
 - § 3 - Denkmalschutz
2. **Ordnungsvorschriften**
 - § 4 - Öffnungszeiten
 - § 5 - Verhalten auf dem Friedhof
 - § 6 - Ausführen gewerblicher Arbeiten
3. **Bestattungsvorschriften**
 - § 7 - Allgemeines, Anzeigepflicht, Bestattungszeit
 - § 8 - Säрге
 - § 9 - Grabherstellung
 - § 10 - Ruhezeiten
 - § 11 - Umbettungen
4. **Grabstätten**
 - § 12 - Allgemeines, Arten der Grabstätten
 - § 13 - Gruftanlagen
 - § 14 - Reihengrabstätten
 - § 14 a - Erdreihengrabstätten
 - § 14 b - Urnenreihengrabstätten
 - § 15 - Wahlgrabstätten
 - § 15 a - Erdwahlgrabstätten
 - § 15 b - Urnenwahlgrabstätten

5. **Gestaltung der Grabstätten**
 - § 16 - Allgemeine Gestaltungsgrundsätze
 - § 17 - Gestaltungsvorschriften
6. **Grabmale**
 - § 18 - Errichten und Ändern von Grabmalen
 - § 19 - Anlieferung der Grabmale
 - § 20 - Standsicherheit der Grabmale
 - § 21 - Verkehrssicherungspflicht für Grabmale
 - § 22 - Entfernung von Grabmalen
7. **Herrichtung und Pflege der Grabstätten**
 - § 23 - Allgemeines
 - § 24 - Vernachlässigung
8. **Leichenhallen, Trauerhallen, Trauerfeiern**
 - § 25 - Benutzung der Leichen- und Trauerhallen
 - § 26 - Trauerfeiern
9. **Schlussvorschriften**
 - § 27 - Alte Rechte
 - § 28 - Haftung
 - § 29 - Gebühren
 - § 30 - Ordnungswidrigkeiten
 - § 31 - Inkrafttreten

1. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für die im Gebiet der Stadt Mainz gelegenen Friedhöfe. Friedhofsträger ist der Wirtschaftsbetrieb Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Mainz (WBM).
- (2) Das Mainzer Stadtgebiet ist in folgende Bestattungsbezirke eingeteilt:
 - a) im Bereich Süd die Bestattungsbezirke:
 - Hauptfriedhof einschl. Urnenhain
 - Bretzenheim
 - Ebersheim
 - Hechtsheim
 - Laubenheim
 - Marienborn
 - Weisenau
 - b) im Bereich Nord die Bestattungsbezirke:
 - Waldfriedhof Mombach
 - Drais
 - Finthen
 - Gonsenheim
 - West



- (3) Die Verstorbenen sind grundsätzlich auf dem Friedhof des Bestattungsbezirks zu bestatten, in dem sie zuletzt ihren Hauptwohnsitz hatten, sofern sie bei ihrem Ableben nicht ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte eines anderen Friedhofes besaßen. Der WBM kann Ausnahmen zulassen. Verstorbene des Stadtteils Zahlbach werden dem Friedhof Bretzenheim und Verstorbene des Stadtteils Lerchenberg dem Friedhof West zugeordnet.
- (4) Die Grenzen der Bestattungsbezirke sind in einem Übersichtsplan Maßstab 1:15.000 festgelegt. Dieser Plan ist Bestandteil dieser Satzung. Er kann in der Friedhofsverwaltung, Industriestraße 70, Mainz-Mombach, eingesehen werden.

§ 2 Friedhofszweck

- (1) Die Friedhöfe werden als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts geführt.
- (2) Sie dienen der Bestattung derjenigen Personen, die
- a) bei ihrem Tode Einwohner der Stadt Mainz waren,
 - b) ein besonderes Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte haben, oder
 - c) ohne Einwohner zu sein, nach § 2 Abs. 2, Sätze 2 und 3 BestG Rhl.-Pfalz zu bestatten sind.
- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der Zustimmung des WBM.

§ 3 Denkmalschutz

Der Hauptfriedhof Mainz sowie der Friedhof Mainz-Weisenau/alt stehen unter Ensembleschutz nach dem Denkmalschutzrecht. Es gelten in besonderem Maße die Auflagen der Denkmalpflege.

2. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Für die Friedhöfe der Stadt Mainz gelten folgende Öffnungszeiten:
- Vom 01. Februar bis 31. März
von 07:15 bis 19:00 Uhr
- Vom 01. April bis 31. August
von 07:00 bis 20:00 Uhr
- Vom 01. September bis 02. November
von 07:00 bis 18:00 Uhr
- Vom 03. November bis 31. Januar
von 08:00 bis 17:00 Uhr
- Zu anderen Zeiten darf der Friedhof nur mit

Erlaubnis des WBM betreten werden.

- (2) Der WBM kann aus besonderem Anlass das Betreten des Friedhofes oder von Friedhofsteilen vorübergehend untersagen.
- (3) Für den Besuch der Urnennischen und -kammern in der Trauerhalle des historischen Krematoriums gelten folgende Öffnungszeiten, bzw. Einschränkungen:

Montag bis Donnerstag 07:00 - 15:30 Uhr
Freitag 07:00 - 12:45 Uhr

An Sonn- und Feiertagen sowie im Verlauf von Trauerfeiern ist kein Besuch möglich.

Außerhalb der Öffnungszeiten ist der Besuch an Werktagen nur nach Vereinbarung mit dem WBM im Beisein eines Mitarbeiters gegen Entrichtung einer nach § 14 Ziffer 1480 der Gebührensatzung festzulegenden Gebühr gestattet.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Die Besucher haben sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen der Mitarbeiter des WBM sind zu befolgen.
- (2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet:
- a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren. Ausgenommen sind: Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen zur Beförderung von Material zur Grabherrichtung, Fahrzeuge (bis maximal 7,5 t zul. Gesamtgewicht) von Dienstleistungserbringern, die für das jeweilige Fahrzeug eine Einfahrtgenehmigung haben, Fahrzeuge des WBM sowie Nutzungsberechtigte / Zahlungspflichtige, die mindestens eine Schwerbehinderung mit dem Eintrag „G“ nachweisen und im Besitz der Einfahrtgenehmigung des WBM sind;
 - b) Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten;
 - c) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung oder Gedenkfeier störende Arbeiten auszuführen;
 - d) ohne Antrag eines Nutzungsberechtigten/ Zahlungspflichtigen oder ohne Zustimmung des WBM gewerbsmäßig, Film-, Ton-, Video- oder Fotoaufnahmen zu erstellen;
 - e) Druckschriften zu verteilen;
 - f) kompostierfähige, organische und nichtkompostierfähige Abfälle (die auf dem jeweiligen Friedhof angefallen sind) gemeinsam oder außerhalb der dafür bestimmten und gekennzeichneten Stellen abzulagern;



- g) gewerbliche Abfälle, Haushaltsabfälle, Sperrmüll oder Grünschnitt abzulagern;
- h) Einrichtungen oder Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen oder unbefugt Grabstätten und Grabeinfassungen zu betreten;
- i) Geräte zur Grabpflege, Sitzmöbel sowie leere Behältnisse (Schalen, Vasen pp.) an der Grabstätte aufzubewahren;
- j) unberechtigt Betriebshöfe zu betreten, sowie dort gelagerte Materialien zu entnehmen;
- k) Tiere, insbesondere Hunde, unangeleint laufen und deren Verunreinigungen liegen zu lassen;
- l) die Schrittgeschwindigkeit zu überschreiten.

Der WBM kann in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

- (3) Gedenkfeiern und andere, nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen, bedürfen der Zustimmung des WBM; sie sind 14 Tage vorher anzumelden.

§ 6

Ausführen von Dienstleistungen

- (1) Dienstleistungserbringer haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Das Verfahren kann über einen einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des 1. Landesgesetzes zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der jeweils gültigen Fassung abgewickelt werden.
- (2) Tätig werden können nur solche Dienstleistungserbringer, die in fachlicher, betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig und geeignet sind.
- (2a) Zur Errichtung / Änderung von Grabmalen und Einfassungen fachlich geeignet ist eine Person, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage ist, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofs, die angemessene Gründungsart zu wählen und nach dem in der Satzung aufgeführten Regelwerk (§ 20) die erforderlichen Fundamentabmessungen und Befestigungsmodalitäten zu berechnen. Sie muss in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Weiterhin muss sie die Standsicherheit von Grabanlagen beurteilen und mithilfe von Messgeräten die Standsicherheit kontrollieren und dokumentieren können. Personen, die unvollständige Anzeigen bzw. nicht korrekt dimensionierte Abmessungen von sicherheitsrelevanten Bauteilen bei der Anzeige benennen oder sich bei der Ausführung der Fundamentierung und der Befestigung der Grabmalteile nicht an die in der Anzeige genannten Daten halten, werden als unzuverlässig eingestuft.

- (3) Samstags und am Tag vor Feiertagen sind gewerbliche Arbeiten auf das Einfahren von Blumenschmuck, sowie auf kleinere Steinmetzarbeiten an Schriften beschränkt.
- (4) Dienstleistungserbringer und deren Mitarbeiter haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Sie haften für Schäden, die sie und/oder ihre Mitarbeiter verursachen.

3. Bestattungsvorschriften

§ 7

Allgemeines, Anzeigepflicht, Bestattungszeit

- (1) Jede für Mainz vorgesehene Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes und Anzeige des Sterbefalles beim Standesamt beim WBM anzumelden. Der Anmeldung sind die nach dem Bestattungsgesetz und der Landesverordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes erforderlichen Unterlagen beizufügen.
- (2) Bestattungen finden in der Regel von Montag bis Freitag statt. Der WBM setzt Ort und Zeit der Bestattung fest. Der Sarg mit dem Verstorbenen bzw. die Urne müssen spätestens zwei Stunden vor der festgesetzten Bestattungszeit auf dem jeweiligen Friedhof eingeliefert werden.
- (3) Die bei den Verstorbenen befindlichen Wertgegenstände sind - soweit sie nicht bei dem Toten verbleiben sollen - vor der Überführung zum Friedhof durch Angehörige oder Beauftragte zu entnehmen. Sollen die Wertgegenstände mit beigesetzt werden, so hat der Einlieferer eine entsprechende schriftliche Einverständniserklärung der/des Erben bzw. nächsten Angehörigen vorzulegen. Eine Haftung für solche Wertgegenstände ist in jedem Fall ausgeschlossen.
- (4) Der WBM als örtliche Ordnungsbehörde kann Ausnahmen von der Pflicht zur Verwendung von Särgen gemäß § 13 Abs. 1, Satz 3 BestG Rhl.-Pfalz zulassen, soweit dies aus religiösen Gründen geboten ist. Die stattdessen zu verwendenden Leichentücher müssen aus biologisch abbaubarem Material (Baumwolle, Leinen) gefertigt sein. Tuchbestattungen/sarglose Bestattungen finden nur in dem dafür vorgesehenen Grabfeld (Block XII, Felder 5 bis 9) auf dem Waldfriedhof in Mainz-Mombach statt. Für rituelle Handlungen im Zusammenhang mit einer Tuchbestattung/sarglosen Bestattung stehen die eigens hierfür hergerichteten Räumlichkeiten (Gasilhane) auf dem Waldfriedhof in Mainz-Mombach zur Verfügung.



**§ 8
Särge**

- (1) Die Särge für Erdbestattungen sollen die Maße von:
- 2,10 m Länge,
0,80 m Breite,
0,80 m Höhe
- einschließlich der Sargfüße und Verzierungen nicht überschreiten.

Überschreitungen sind bei Anmeldung der Bestattung abzustimmen. Ein in Folge der Überschreitung notwendiger Mehraufwand bei der Herrichtung der Grabstätte, wird gesondert in Rechnung gestellt.

- (2) Särge mit Metalleinsatz oder Metallsärge sind grundsätzlich unzulässig. Ausnahmen sind nur bei Verlängerung der 15- bzw. 20- jährigen Ruhezeit um weitere 15 bzw. 20 Jahre in Wahlgrabstätten möglich.

**§ 9
Grabherstellung**

- (1) Die Gräber werden vom Personal des WBM oder den Beauftragten des WBM ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör (wie: Grabmal, Einfassung, abdeckende Platten, Lampen, Vasen, Bepflanzung und sonstigen Grabschmuck) soweit aus Sicht des WBM erforderlich, vor der Beisetzung auf seine Kosten entfernen zu lassen.
- (3) Urnen mit Ruhefrist, die in Erdgräbern beigesetzt sind, werden im Falle einer nachfolgenden Erdbestattung vom Personal des WBM ausgebettet, für die Dauer der Beisetzung aufbewahrt und wieder beigesetzt.
- (4) In Grabstätten in den Bereichen III bis V auf dem Hauptfriedhof sind ab dem 01.01.2014 Erdbeisetzungen grundsätzlich nur in Grabkammern mit geschlossenem Bodenteil zulässig. Anstelle von Grabkammern mit geschlossenem Bodenteil kann auch ein Grabhüllensystem verwendet werden.

Ab dem 01.02.2015 ist, unabhängig von § 9, Abs. 4, Satz 1, in Grabstätten auf allen anderen im Gebiet der Stadt Mainz gelegenen Friedhöfen der Einbau von Grabkammern mit geschlossenem Bodenteil zulässig. Anstelle von Grabkammern mit geschlossenem Bodenteil kann auch ein Grabhüllensystem verwendet werden.

Die Beschaffung und der Einbau der Grabkammern mit geschlossenem Bodenteil erfolgen ausschließlich durch den Nutzungsberechtigten über Beauftragung eines Dienstleisters. Grabhüllensysteme können auf Antrag des Nutzungsberechtigten durch den WBM beschafft und vom Personal des WBM oder den Beauftragten des WBM eingebaut werden. In diesem Falle erfolgt die Abrechnung der im Zusammenhang

mit dem Einbau eines Grabhüllensystems erbrachten Leistungen (z.B. Öffnen und Schließen der Grabstätte) nach der jeweils geltenden Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe des Wirtschaftsbetriebes Mainz.

Die Kosten für das Grabhüllensystem werden gemäß § 14 Ziffer 1480 der Gebührensatzung – nach den tatsächlich erbrachten Leistungen und dem Aufwand – abgerechnet.

**§ 10
Ruhezeit**

Die Ruhezeit für Leichen und Aschen beträgt:

- a) für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr 15 Jahre
b) für Verstorbene ab dem 6. Lebensjahr 20 Jahre

**§ 11
Umbettungen**

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen beinhalten die Ausbettung von Leichen und Aschen zum Zwecke der Wiederbeisetzung. Umbettungen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der örtlichen Ordnungsbehörde. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines dringenden Grundes erteilt werden.
- (3) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag und mit Zustimmung des Nutzungsberechtigten. Antragsberechtigt sind die Verantwortlichen gemäß § 9 Abs. 2 BestG Rhl.-Pfalz. Mit dem Antrag ist der Nachweis einer neuen Grabstätte vorzulegen. Der WBM ist bei dringendem öffentlichem Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.
- (4) Wird bei Vorliegen eines Sterbefalles die Beisetzung in eine Wahlgrabstelle wegen der noch bestehenden Ruhefrist der einfach bestatteten Leiche verhindert, kann auf Antrag die Umbettung vorgenommen werden, jedoch nur unter Beachtung von § 12 (7). Nach der vertieften Beisetzung der Neubestattung ist die Ausbettung in einem Umbettungsarg einfach beizusetzen.
- (5) Der Ablauf der Ruhezeit und Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen.
- (6) Umbettungen, mit Ausnahmen von Urnen, werden in der Regel nur im Zeitraum vom 01. Oktober bis zum 31. März vorgenommen.



4. Grabstätten

§ 12

Allgemeines, Arten der Grabstätten

(1) Auf den Mainzer Friedhöfen werden folgende Grabarten angeboten:

- a) Grabarten
 1. Erdreihengräber
 2. Kinderreihengräber
 3. Gräber für nicht bestattungspflichtige Feten
 4. Urnenreihengräber
 5. Urnenreihengräber (anonym)
 6. Erdwahlgräber (ein- und mehrstellig)
 7. Urnenwahlgräber (2/4/6 Urnen)
 8. Kolumbarien (2/4/6 Urnen)
 9. Rasengräber als Erdreihengräber
 10. Rasengräber als Erdwahlgräber
 11. Rasengräber als Urnenreihengräber
 12. Rasengräber als Urnenwahlgräber (2 Urnen)
 13. Gruften
 14. Erdwahlgräber auf dem Hauptfriedhof, Bereiche III bis V mit eingebauter Betongrabkammer oder eingebautem Grabhüllensystem (§ 9 Abs. 4)
 15. Mementogräber – bei Grabstätten auf dem Hauptfriedhof in den Bereichen III bis V, deren Nutzungsrecht abgelaufen ist, kann von den Nutzungsberechtigten die Grabstätte als Erinnerungsstätte (Memento) bis 31.12.2033 – ohne Beisetzungsmöglichkeit – wiedererworben werden.
- b) Sondergrabfelder
 16. Sternengarten (nicht bestattungspflichtige Feten/Gemeinschaftsbeisetzungen)
 17. Urnengemeinschaftsfelder (Reihen-/Wahl- und Baumgräber)
 18. Kindernetz (Kindergräber in besonders gestaltetem Umfeld)
 19. Ehrengrabstätten
 20. Kriegsgräber

Die Grabpflege wird bei den Sondergrabfeldern und Rasengräbern seitens des WBM gewährleistet.

- (2) Gärtnerisch betreutes Grabfeld – Grabanlage auf dem Waldfriedhof in Mainz-Mombach für Grabstätten mit privatrechtlichen Pflegeverträgen für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen. Der Erwerb eines Nutzungsrechts ist an den Abschluss eines Pflegevertrages mit der Genossenschaft der Friedhofsgärtner im Lande Rheinland-Pfalz eG bzw. mit der Arbeitsgemeinschaft Mainzer Friedhofsgärtner e.V. gebunden. Der Pflegevertrag ist für die Dauer des erworbenen Grabnutzungsrechtes abzuschließen. Die Dauergrabpflege erfolgt durch die im Vertrag beschriebenen und festgelegten Standards.
- (3) Ehrengrabstätten sind solche, die auf Beschluss der Stadt Mainz auf Zeit angelegt werden.

(4) Kriegsgräber sind Grabstätten, in denen Verstorbene beigesetzt sind, die im Zusammenhang mit Kriegsereignissen ums Leben gekommen sind, oder die der Erinnerung an diese dienen und die als solche anerkannt sind.

(5) Urnenreihengräber (anonym) sind Reihengräber, in denen im Bestattungsfall auf Antrag eine Urne beigesetzt wird. Individuelle Grabmale oder Kennzeichen mit personenbezogenen Daten sind hier nicht gestattet. Ein Nutzungsrecht entsteht nicht. Die anonyme Beisetzung in einem Grab bedarf des schriftlichen letzten Willens des Verstorbenen.

(6) Die Grabstätten bleiben Eigentum des WBM. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Veränderung bzw. Unveränderlichkeit der Umgebung.

(7) Die Nutzungsberechtigten haben alle Beeinträchtigungen, die im Rahmen einer normalen und termingerechten Beisetzung auftreten können, wie: vorübergehende Entfernung von Pflanzen und Grabeschmuck sowie Lagerung von Grabaushub und Beeinträchtigungen durch Friedhofsbäume und Anpflanzungen, zu dulden. Die durch Beisetzungen beanspruchten Grabstätten (Nachbargrabstätten) werden vom WBM kostenfrei wieder hergerichtet.

§ 13

Gruftanlagen

(1) Die Neubelegung bestehender Gruften ist unter Beachtung der einschlägigen Sicherheitsbestimmungen zulässig.

(2) Die Belegung vorhandener Gruftanlagen regelt sich nach den Bestimmungen für Erd- und Urnenbestattungen.

§ 14

Reihengrabstätten

(1) Reihengrabstätten sind Einzelgräber für Erd- bzw. Urnenbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden gemäß § 10 zugeteilt werden.

(2) In jeder Reihengrabstätte darf nur ein Verstorbener beigesetzt werden. Für das Sondergrabfeld „Sternengarten“ gelten Sonderregelungen.

(3) Ab dem 01.02.2015 können freiwerdende/freigewordene Wahlgrabflächen nach Ermessen des WBM mit Erdreihengrabstätten (§ 14 a, Buchstabe b)) belegt werden. Die Belegung erfolgt gemäß den Bestimmungen des § 14 Absätze 1 und 2.

Für Grabstätten, die ab dem 01.02.2015 erworben wurden, ist es nach Ablauf der gesetzlichen Ruhefrist gemäß § 10 möglich, die Erdreihengrabstätte in



- eine Erdwahlgrabstätte – mit den Optionen der Verlängerung und mehrstelliger Belegung – umzuwandeln (siehe §§ 15 und 15 a).
- (4) Das Abräumen von Reihengrabstätten erfolgt drei Monate nach Ablauf der Ruhezeit durch den WBM auf Kosten des Verfügungsberechtigten (im Folgenden: Berechtigte). Auf gesonderten Antrag beim WBM kann der Berechtigte die Grabstätte innerhalb dieser Frist selbst und auf eigene Kosten abräumen. Räumt der Berechtigte die Grabstätte nicht innerhalb dieser Frist ab, gehen das Grabmal und sonstige baulichen Anlagen entschädigungslos in die Verfügungsgewalt des WBM über (siehe im Übrigen § 22). Bei Reihengräbern, die vor dem 01.02.2015 vergeben wurden, ist das Abräumen einschließlich des Einebnens und Einsäens bereits mit der Gebühr für den Graberwerb abgegolten. Auf den Ablauf der Ruhezeit wird mindestens drei Monate vorher am Grab selbst und durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen.

§ 14 a Erdreihengrabstätten

Die Gräber haben folgende Maße:

- a) Erdreihengräber für Personen bis zum 5. Lebensjahr
- Länge 1,20 m;
 - Breite 0,60 m
- b) Erdreihengräber für Personen ab dem 5. Lebensjahr
- Länge 2,50 m;
 - Breite 1,20 m

§ 14 b Urnenreihengrabstätten

Sie haben, mit Ausnahme der Sondergrabfelder, eine Länge von 0,80 m und eine Breite von 0,60 m. Auf dem Waldfriedhof Mombach sind Bestattungsflächen für Anonymbestattungen in Urnenreihengrabstätten ausgewiesen. Bei einer Anonymbestattung sind keine Umbettungen möglich. Diese Flächen werden als öffentliche Grünfläche unterhalten.

§ 15 Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind ein- oder mehrstellig für Erd- bzw. Urnenbestattungen vorgesehen. Ihre Lage wird im Benehmen mit dem Nutzungsberechtigten bestimmt. An Wahlgrabstätten wird auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von mindestens 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen.

Eine Verlängerung des Nutzungsrechtes an Wahlgräbern kann, in der Regel in Zeitschritten von fünf Jahren, erfolgen. In Ausnahmefällen kann der Zeitraum der Verlängerung von fünf Jahren unterschritten werden.

- (2) Wahlgräber können auch als Vorsorgegräber erworben werden mit Ausnahme von Erdwahlgräbern auf folgenden Friedhöfen:

- Drais
- Laubenheim
- Marienborn

Für Vorsorgegräber auf dem Hauptfriedhof, Bereiche III bis V, gelten die Auflagen gem. § 9 Abs. 4.

- (3) Die Verleihung des Nutzungsrechtes erfolgt durch Aushändigung einer Grabnachweisurkunde, der auch das Ende der Nutzungszeit zu entnehmen ist. Das Nutzungsrecht wird erst mit der Zahlung der Gebühr, entsprechend der Gebührensatzung, wirksam.
- (4) Die Verlängerung von Nutzungsrechten ist nur auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte möglich.
- (5) Die Übertragung eines Nutzungsrechtes vom Nutzungsberechtigten an einen Dritten ist möglich. Der Dritte hat die Übertragung durch schriftliche Erklärung des Nutzungsberechtigten nachzuweisen und beim WBM unverzüglich eine Umschreibung zu veranlassen.
- (6) Beim Erwerb eines Nutzungsrechtes soll für den Fall des Ablebens des Antragstellers eine Person als Nachfolger benannt werden. Die benannte Person muss die Zustimmung zur Nachfolge unterschriftlich bestätigen.
- (7) Erfolgt bis zum Ableben des Nutzungsberechtigten keine Übertragung des Nutzungsrechtes, geht dieses an folgende Personen in nachstehender Reihenfolge über:
- a) auf den überlebenden Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartner,
 - b) auf die Kinder,
 - c) auf die Enkelkinder
 - d) auf die Eltern,
 - e) auf die Geschwister,
 - f) auf die nicht unter a) bis e) fallenden Personen in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter.

Innerhalb der einzelnen Gruppen wird unter Ausschluss der übrigen Angehörigen der Gruppe die nach Jahren älteste Person nutzungsberechtigt. Widerspricht ein nach der vorgenannten Reihenfolge berufener Berechtigter dem Rechtsübergang, tritt die im Rang nachfolgende Person an seine Stelle. Die Rechtsnachfolger haben unverzüglich die Übernahme des Nutzungsrechtes schriftlich gegenüber dem WBM zu bestätigen.

- (8) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen dieser Satzung das Recht, in der Wahlgrabstätte bestattet zu werden und bei Eintritt eines Bestattungsfalles über die Beisetzung anderer Personen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte mit Ausnahme der Sondergrabfelder zu



entscheiden. Eine Bestattung wird nur mit Zustimmung des Nutzungsberechtigten vorgenommen.

- (9) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, verzichtet werden.

Das Nutzungsrecht erlischt

- a) mit Ablauf der Nutzungsdauer,
- b) mit Entziehung des Nutzungsrechtes,
- c) bei unbelegten Wahlgräbern mit Eingang der schriftlichen Verzichtserklärung, bei belegten Wahlgräbern mit Ablauf der letzten Ruhezeit mit schriftlichem Verzicht.

- (10) Das Nutzungsrecht an Wahlgräbern einschließlich der Vorsorgegräber kann ohne Entschädigung entzogen werden, wenn die bauliche Gestaltung und Unterhaltung nicht den Satzungsvorschriften entspricht oder die Grabstätte der Würde des Friedhofes nicht angemessen ist.

- (11) Das Abräumen von Gräbern, auf deren Nutzungsrecht verzichtet wurde, deren Nutzungsrecht erloschen ist oder deren Nutzungsrecht entzogen worden ist, erfolgt durch den WBM auf Kosten des vormaligen Nutzungsberechtigten (im Folgenden: Berechtigte). Bei einem Graberwerb in der Zeit vom 01.01.2010 bis 31.01.2015 ist das Abräumen von Gräbern einschließlich des Einebnens und Einsäens bereits mit der Gebühr für den Graberwerb abgegolten.

Auf die Abräumung wird mindestens drei Monate vor Erlöschen des Nutzungsrechts am Grab selbst oder durch öffentliche Bekanntmachung bzw. in der Entziehungsentscheidung hingewiesen.

Auf gesonderten Antrag beim WBM kann der vormalige Berechtigte innerhalb von drei Monaten nach Ende des Nutzungsrechtes die Grabstätte selbst und auf eigene Kosten abräumen. Räumt der vormalige Berechtigte nicht innerhalb dieser Frist die Grabstätte ab, gehen Grabmal und sonstige baulichen Anlagen entschädigungslos in die Verfügungsgewalt des WBM über (siehe im Übrigen § 22).

- (12) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes – unabhängig von Absatz 11, Satz 1 – wird der jeweilige Nutzungsberechtigte vorher schriftlich hingewiesen. Falls er nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln ist, erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

§ 15 a Erdwahlgrabstätten

- (1) Erdwahlgräber haben in der Regel eine Länge von 2,50 m und eine Breite von 1,20 m.
- (2) In einer Wahlgrabstelle sind zwei Erdbestattungen übereinander, sowie zusätzlich vier Urnenbeisetzungen zulässig. Die Beisetzung einer Urne in einem Erd-

grab hat mit einer Mindestabdeckung von 50 cm zu erfolgen.

- (3) Die Erstbestattung muss unabhängig von zukünftigen Bestattungen vertieft erfolgen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn bei der Erstbestattung vom Nutzungsberechtigten schriftlich auf weitere Erdbestattungen für den Verlauf der Ruhezeit verzichtet wird.

- (4) Während der Nutzungszeit darf eine weitere Erdbestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet, oder das Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der neuen Ruhezeit verlängert worden ist. Verzichtet der Nutzungsberechtigte auf Erdbeisetzungen, so kann für jede verzichtete Erdbeisetzung zusätzlich eine Urnenbeisetzung erfolgen.

§ 15 b Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgräber haben folgende Maße:

- a) für 6 Urnen
 - Länge 1,40 m;
 - Breite 1,20 m
- b) für 4 Urnen
 - Länge 1,20 m;
 - Breite 1,00 m
- c) für 2 Urnen:
 - Länge 1,00 m;
 - Breite 0,80 m

- (2) Nutzungsrechte an Urnennischen in den Urnenhainanlagen, die nach der Betriebsordnung für das Krematorium vom 19.09.1937 ursprünglich auf unbeschränkte Zeit vergeben worden sind, wurden mit Inkrafttreten der Friedhofssatzung vom 27.10.1981 auf 40 Jahre Laufzeit, gerechnet ab dem Datum der Nutzungsrechtsvergabe, eingeschränkt. Die Rechte an den Urnennischen bleiben jedoch bis zum Ablauf der Ruhezeit der zuletzt beigesetzten Urnen erhalten.

- (3) Nutzungsrechte an Urnennischen und -kammern in der Krematoriumshalle des historischen Krematoriums, die auf unbeschränkte Zeit vergeben worden sind, wurden mit Inkrafttreten der Satzung vom 28. Juni 1983 auf 40 Jahre Laufzeit, gerechnet ab dem Datum der Nutzungsrechtsvergabe, eingeschränkt. Die Grabstätten können jedoch bis zum Ablauf der Ruhezeit der zuletzt beigesetzten Urnen erhalten werden.

- (4) Beisetzungen in den Urnennischen nach Abs. 2 und 3 sind nur dann zulässig, wenn vorher das Nutzungsrecht nach den Bestimmungen für Wahlgräber / Urnenwahlgräber erneuert worden ist.



5. Gestaltung der Grabstätten

§ 16

Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
- (2) An Grabmalen oder sonstigem Grabzubehör dürfen Firmenbezeichnungen eine Größe von 8 x 5 cm nicht überschreiten.

§ 17

Gestaltungsvorschriften

- (1) Auf den Belegfeldern ist grundsätzlich die Verwendung aller Materialien gestattet, die die Würde des Friedhofes nicht beeinträchtigen. Aufdringliche Farben sind zu vermeiden. Grabmale sind nicht auf die Einfassungen zu stellen. Unzulässig eingebrachte Gegenstände und Materialien sind zu entfernen. Wird einer entsprechenden Aufforderung durch den WBM nicht innerhalb einer angemessenen Frist Folge geleistet, so kann eine Entfernung zu Lasten der Verpflichteten erfolgen.
Der WBM ist nicht zur Aufbewahrung verpflichtet. Anzeigefreie Grabkreuze ohne Dach und Schrifttafeln können auf allen Gräbern (Stärke: mind. 2 cm) aufgestellt werden.

Behelfsgrabmale/-einfassungen: Zulässig sind alle Holzarten natur, gebeizt oder lackiert, Schrift vertieft und geschnitzt, oder mit Farbe ausgeführt. Einfassungen sind mit einer Mindeststärke von 5 cm einzubringen und so zu befestigen, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist. Die Provisorien sind anzeigepflichtig und nur bis zur Dauer von einem Jahr ab Beisetzungsdatum zulässig.

Beim Aufstellen eines Grabmals auf dem Pflasterstreifen von Rasengräbern ist seitens des beauftragten Dienstleistungserbringers darauf zu achten, dass die Pflasterung wieder fachgerecht um das Grabmal angeschlossen wird, gegebenenfalls sind Pflastersteine durch Schneiden anzupassen.

- (2) Grabmale müssen die folgenden Maße aufweisen:
 - 2.1 Einstellige (Erd- und Urnen-) Wahlgräber, Reihen- und Kinderreihengräber, Rasenwahl- und Rasenreihengräber (ausgenommen Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften)
 - a) Stelen und Breitsteine: Stärke: mind. 12 cm
 - b) Marterl/ Holzstelen: Stärke: mind. 4 cm
 - c) Kissensteine/Liegesteine/Schriftplatten: Stärke mind. 5 cm
 - 2.2 Mehrstellige Wahlgräber
 - a) Stelen und Breitsteine: Stärke: mind. 14 cm
 - b) Marterl/ Holzstelen: Stärke: mind. 4 cm

- c) Kissensteine/Liegesteine/Schriftplatten: Stärke mind. 5 cm
- (3) Grababdeckende und -teilabdeckende Steinplatten sind mit Ausnahme des Stadtteilstädtfriedhofs Hechtsheim/Erdgräber, sowie bei Rasenwahl-, bzw. Rasenreihengräber und auf dem Hauptfriedhof Bereiche III bis V ohne Betongrabkammer oder Grabhüllensystem und den Sondergrabfeldern auf allen Friedhöfen für alle Grabarten zugelassen. Die Steinplatten sind in einer Mindeststärke von 5 cm nach den Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern und Einfassungen zu erstellen. Sie unterliegen den Anzeigebestimmungen für Grabmale nach § 18 dieser Satzung.
- (4) Einfassungen aus Stein dürfen bei allen Grabarten mit einer Mindeststärke von 10 cm erstellt werden. Bei Verwendung anderer Materialien und bei Urnenwahl- und Urnenreihengräbern ist eine Mindeststärke von 5 cm einzuhalten. Ausgenommen sind Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften (Sondergrabfelder).
- (5) Zwischenwege: Falls Zwischenwege in Wahlgrabfeldern belegt werden, gilt folgende Regelung:
 - 5.1 Kopf-an-Kopf-Belegung
 - a) Material: Naturstein
 - b) Bearbeitung: geschurt bis diamantgesägt
 - c) Maße: bei Erd- und Urnenwahlgräbern
Breite 30 cm;
Stärke 6 cm
 - 5.2 Kopf-an-Fuß-Belegung: Material, Stärke und Bearbeitung wie vor, Breite 15 cm;

Die Verlegung der Platten ist nur auf mindestens 10 cm starken, armierten Fundamenten zulässig. Bei Anfangs- bzw. Endgräbern kann der Außenweg mitbelegt werden.
- (6) Trittplatten: Für alle Wahl- und Erdreihengräber sind in der Regel nur drei Steinplatten von ca. 30 x 30 cm Größe zulässig.
- (7) Kolumbarien
 - 7.1 Grabplatten-Beschriftung-Symbole:
Die Urnenkammern sind mit einer Verschlussplatte ausgestattet. Die Beschriftung der Platten sowie die Anbringung von Symbolen und Zubehör sind anzeigepflichtig.
Vor der Ausführung ist eine Grabmalanzeige mit Schriftbild im Maßstab 1:1 einzureichen. Zugelassen sind eingehauene Schriften und kleinere Symbole in steinmetzmäßiger Bearbeitung sowie farblicher Auslegung der Schrift nach vorliegendem Muster. Auf der Verschlussplatte dürfen neben der Beschriftung maximal zwei Schmuckelemente oder Vasen angebracht werden, mit einer maximalen Stärke von 5 cm. Das Anbringen von Kerzen, Kranzhaken oder Leuchten ist untersagt. Die Entfernung der Grab-



platten zum Zwecke der Beschriftung ist anzeigepflichtig und nur nach Zustimmung des WBM zulässig.

Für die Urnenkammern in der Trauerhalle des historischen Krematoriums gelten in besonderem Maße die Auflagen der Denkmalpflege wie folgt:

Das Material der Platten sowie Schriftform und Färbung ist zwingend nach vorhandenen Vorbildern in der Halle zu wählen.

- 7.2 Grabschmuck: Das Anbringen von Blumengebinden und Kränzen an den Grabplatten sowie vor den Kolumbarienwänden ist nicht gestattet. Zuwider eingebrachte Gegenstände werden ohne Entschädigung entfernt. Für das Einsenken von Vasen und Niederlegen von kleineren Gebinden sind seitlich Hochbeete, bzw. Pflanzgefäße zu benutzen.

- (8) Ausnahmegenehmigung: Soweit es der WBM innerhalb der Gesamtgestaltung unter Berücksichtigung besonderer Anforderungen für vertretbar hält, können Ausnahmen von den Gestaltungsvorschriften zugelassen werden. Ausnahmen müssen schriftlich beantragt und begründet werden. Der WBM kann für Grabmale und sonstige bauliche Anlagen in begründeten Ausnahmefällen weitergehende Anforderungen an Material, Entwurf und Ausführung stellen. Ausnahmegenehmigungen werden nur schriftlich erteilt.

6. Grabmale

§ 18

Errichten und Ändern von Grabmalen und baulichen Anlagen

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen sind dem WBM unter Verwendung von Formularen des WBM (3-fach) anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofssatzung und den Vorgaben der TA-Grabmal (§ 20) entspricht sowie für den Hauptfriedhof Mainz und den Friedhof Mainz-Weisenau/alt die denkmalschutzrechtlichen Auflagen beachtet wurden.
- (2) Den Anzeigen sind 3-fach beizufügen: Der Grabmalentwurf bzw. die Änderung mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Form, der Maße, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung und Verdübelung unter Beachtung der Vorgaben der TA-Grabmal (§ 20). Der Dienstleistungserbringer hat bei Errichtung und jeder Veränderung von Grabsteinen mit mehr als 50 cm Höhe eine Abnahmeprüfung entsprechend der TA-Grabmal durchzuführen und die Dokumentation dieser Abnahmeprüfung innerhalb eines Monats nach Erstellung/Änderung des Grabmals dem WBM auszuhändigen. Wird die Dokumentation der Abnahmeprüfung (Lastendiagramm) nicht fristgerecht übergeben, so wird nach

einer Frist von sechs Monaten auf Kosten des Nutzungsberechtigten/Zahlungspflichtigen ein Sachkundiger mit der Durchführung der Abnahmeprüfung durch den WBM beauftragt.

- (3) Mit dem Vorhaben darf einen Monat nach schriftlich bestätigtem Eingang der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens des WBM in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofssatzung und der TA-Grabmal (§ 20) geltend gemacht wurden. Vor Ablauf des Monats darf begonnen werden, wenn der WBM schriftlich die Übereinstimmung des Vorhabens mit der geltenden Friedhofssatzung und der TA-Grabmal und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.
- (4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet bzw. geändert worden ist.

§ 19

Anlieferung der Grabmale und baulichen Anlagen

Grabmale und sonstige bauliche Anlagen dürfen nur unter Vorlage der bestätigten Anzeige in den Friedhofsbereich eingebracht werden. Für sonstiges Grabzubehör, soweit es auf der Grabstätte fest eingebaut wird, besteht Anzeigepflicht.

Grabmale und sonstige bauliche Anlagen, die ohne bestätigte Anzeige in den Friedhofsbereich eingebracht werden, können nach einmaliger schriftlicher Beseitigungsaufforderung an den Nutzungsberechtigten/Zahlungspflichtigen und erfolglosem Ablauf einer zu setzenden, angemessenen Beseitigungsfrist, zu Lasten des Nutzungsberechtigten/Zahlungspflichtigen entfernt werden, wenn die vollständige Anzeige nicht binnen einer vom WBM zu setzenden Frist nachgereicht wird.

§ 20

Standssicherheit der Grabmale und baulichen Anlagen

Für die Planung, die Ausführung, die Abnahmeprüfung und die jährliche Prüfung der Grabanlagen gilt die „Technische Anleitung zur Standssicherheit von Grabmalanlagen (TA-Grabmal)“ der Deutschen Naturstein Akademie e.V. in der jeweils neuesten Fassung, wobei ausschließlich Tiefgründungen zugelassen werden.

§ 21

Verkehrssicherungspflicht für Grabmale und bauliche Anlagen

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Die Verkehrssicherung ist mindestens einmal jährlich (im Frühjahr nach der Frostperiode) zu überprüfen. Verantwortlich dafür ist bei Reihengrabstätten, wer den Antrag auf Zuteilung der Grabstätte (§ 14) gestellt hat, bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte. Seitens des WBM wird zusätzlich die Verkehrssicherung 1 x jährlich kontrolliert. Grundlage für die Überprüfung ist die TA-Grabmal (§ 20; beim WBM einzusehen).



- (2) Scheint die Standsicherheit eines Grabmales, einer sonstigen baulichen Anlage oder Teilen davon gefährdet, so sind die in Abs. 1 genannten Personen verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Behebung zu treffen.
- (3) Bei Gefahr im Verzug kann der WBM auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegen von Grabmalen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung des WBM nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der WBM berechtigt, auf Kosten des Verantwortlichen das Grabmal oder Teile davon zu entfernen. Entfernte Gegenstände werden drei Monate aufbewahrt. Nach Ablauf dieses Zeitraumes gehen die entfernten Gegenstände entschädigungslos in die Verfügungsgewalt des WBM über. Ist der nach Abs. 1 Verantwortliche nicht zu ermitteln, erfolgt die Aufforderung durch öffentliche Bekanntmachung.

§ 22

Entfernen von Grabmalen und baulichen Anlagen

- (1) Grabmale und Grabeinfassungen dürfen nur mit Zustimmung des WBM entfernt werden.
- Das Abräumen von Gräbern beinhaltet die Entfernung der gesamten baulichen Anlage inklusive der Fundamente, sowie das Auffüllen und Angleichen des Erdreichs an die Umgebung und das Einsäen von Rasen.
- (2) Werden Grabmale, Einfassungen oder sonstiges Grabzubehör im Zuge einer Beisetzung vorübergehend entfernt, so ist die Lagerung außerhalb des Friedhofsbereiches sicherzustellen.

7. Herrichten und Pflege der Grabstätten

§ 23

Allgemeines

- (1) Alle Grabstätten (auch Vorsorgegräber) sind in der Regel spätestens zwei Monate nach der Beisetzung bzw. nach dem Erwerb des Nutzungsrechtes gärtnerisch anzulegen, dauernd instand zu halten und zu pflegen. Dies gilt entsprechend für den übrigen Grabschmuck. Sondergrabfelder werden vom WBM gestaltet und gepflegt.
- (2) Die Höhe der Grabhügel darf 10 cm nicht übersteigen, ansonsten ist die Oberkante der Steineinfassung die Maximalhöhe. Der Bewuchs darf die Benutzung der öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.
- (3) Für die Herrichtung und die Instandhaltung, außer den Sondergrabfeldern, ist der jeweilige Nutzungsberechtigte / Zahlungspflichtige verantwortlich.

- (4) Die Herrichtung, die Unterhaltung und jede Veränderung der Anlagen außerhalb der Grabstätte obliegt ausschließlich dem WBM; ausgenommen hiervon sind die Zwischenwege, die mit Genehmigung des WBM, mit Platten belegt wurden.
- (5) Nicht zugelassen ist insbesondere das Anpflanzen von Bäumen und großwüchsigen Sträuchern sowie das Aufstellen von Bänken auf oder neben der Grabstätte.
- (6) Bäume und großwüchsige Sträucher sind zu entfernen. Kommt der Verpflichtete innerhalb einer genannten angemessenen Frist einer Beseitigungsaufforderung nicht nach, so ist der WBM berechtigt, nach vorheriger Androhung der Ersatzvornahme, diese auf Kosten des Nutzungsberechtigten zu entfernen. Eine Beseitigung kann ohne vorherige Aufforderung erfolgen, bei akuter Gefahr oder wenn die Belegung benachbarter Gräber erheblich behindert wird. Der WBM ist nicht zur Aufbewahrung der Bäume und Sträucher verpflichtet.

§ 24

Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß entsprechend den Vorschriften dieser Satzung hergerichtet oder gepflegt, so hat der Verantwortliche auf schriftliche Aufforderung des WBM die Grabstätte innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen.
- Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung.
- Kommt der Verantwortliche der Aufforderung nicht nach, so ist der WBM berechtigt, nach zuvor erfolgter Androhung der Ersatzvornahme, den bemängelten Zustand auf Kosten des Verantwortlichen zu beseitigen. Der hierfür erforderliche Aufwand wird gemäß § 14 Ziffer 1480 der Friedhofsgebührensatzung abgerechnet.
- (2) Sofern keine dauerhafte Pflege nach Absatz 1, Satz 1 erfolgt oder eine Ersatzvornahme nicht zweckmäßig ist, können Reihengrabstätten / Urnenreihengrabstätten nach vorheriger Bekanntgabe vom WBM komplett abgeräumt werden. Bei Wahlgrabstätten kann der WBM das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen.
- In dem Entziehungsbescheid wird der jeweilige Nutzungsberechtigte aufgefordert, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte seiner Verpflichtung nicht nach, wird das Abräumen zu Lasten des Verpflichteten durch den WBM vorgenommen.



8. Leichenhallen, Trauerhallen, Trauerfeiern

§ 25

Benutzung der Leichen- und Trauerhallen

- (1) Die Leichenhallen dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis des WBM und / oder in Begleitung eines Mitarbeiters des WBM betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können Angehörige die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung zu schließen.

§ 26

Trauerfeiern

- (1) Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum, am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (2) Die Benutzung der Trauerhalle kann versagt werden, wenn der Verstorbene nach der Beurteilung des Arztes an einer meldepflichtigen Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Verwesungszustandes der Leiche bestehen.
- (3) Die Trauerfeiern sollen in der Regel nicht länger als 20 Minuten dauern. Änderungen sind unbedingt bei der Terminfestlegung dem WBM anzumelden.
- (4) Trauerhallen auf den Friedhöfen der Stadt Mainz sind vorwiegend mit christlichen Symbolen ausgestattet. Werden Trauerfeiern für Verstorbene, die keiner oder anderen Religionsgemeinschaften angehören, ausgerichtet, besteht kein Anspruch auf Veränderung bzw. Entfernung dieser Symbole.

9. Schlussvorschriften

§ 27

Alte Rechte

Bei Grabstätten, die bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits zugeteilt oder erworben sind, richten sich Ruhezeiten und Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.

§ 28

Haftung

Der WBM haftet nicht für Unwetterschäden oder Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtungen sowie durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihm obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten.

§ 29

Gebühren

Für die Benutzung der vom WBM verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 30

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 24, Abs. 5 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 5, Abs. 1 sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt.
 2. entgegen § 5, Abs. 2a bis l
 - die Wege mit Fahrzeugen aller Art ohne Zustimmung des WBM befährt,
 - Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen verkauft sowie Dienstleistungen anbietet,
 - gewerbliche Arbeiten an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung ausführt,
 - ohne Auftrag eines Nutzungsberechtigten / Zahlungspflichtigen oder ohne Zustimmung des WBM gewerbsmäßig Film-, Ton-, Video- oder Fotoaufnahmen erstellt,
 - Druckschriften verteilt,
 - kompostierfähige, organische Stoffe und nicht kompostierfähigen Restmüll gemeinsam und außerhalb der dafür bestimmten und gekennzeichneten Stellen lagert,
 - gewerblichen Müll, Haus- oder Sperrmüll oder Gartenschnittgut auf Friedhöfen ablagert,
 - Friedhöfe und ihre Einrichtungen sowie Anlagen verunreinigt oder beschädigt, Einfriedigungen und Hecken übersteigt, unbefugt Grabstätten und Grabeinfassungen betritt,
 - Geräte zur Grabpflege an der Grabstätte aufbewahrt,
 - Betriebshöfe betritt und Materialien entnimmt,
 - Hunde unangeleint mit sich führt,
 - die Schrittgeschwindigkeit überschreitet,
 3. entgegen § 6, Abs. 1 Dienstleistungen auf dem Friedhof ohne Anzeige erbringt,
 4. entgegen § 8 Särge mit überschreitenden Maßen ohne vorherige Zustimmung des WBM, Särge mit Metalleinsatz oder Metallsärge ohne Zustimmung des WBM verwendet,
 5. entgegen § 17 die Bestimmungen über zulässige Maße für Grabmale, Einfassungen, Wegebeläge sowie Grabschmuck nicht einhält,
 6. entgegen §§ 18 und 19 als Zahlungspflichtiger, Nutzungsberechtigter oder Dienstleistungserbringer Grabmale oder Einfassungen ohne Zustimmung in den Friedhofsbereich einbringt, errichtet oder ändert,
 7. entgegen §§ 20 und 21 Grabmale und Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält,



8. entgegen § 22 Abs. 1 und 2 Grabmale und Einfassungen ohne Zustimmung des WBM entfernt bzw. im Friedhofsbereich lagert,
9. entgegen § 23, Abs. 1, 2, 4, 5 und 6
- die Grabstätte nicht spätestens zwei Monate nach der Beisetzung bzw. dem Erwerb des Nutzungsrechtes ohne Vorliegen besonderer Gründe herrichtet,
 - die Grabstätte nicht dauerhaft instand hält und pflegt,
 - die Grabhügel nicht den vorgegebenen Maßen anpasst,
 - die Anlagen außerhalb der Grabstätte verändert,
 - Bäume und großwüchsige Sträucher pflanzt sowie Bänke auf oder neben der Grabstätte errichtet,
10. entgegen § 25 die Leichenhallen ohne Erlaubnis betritt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu € 1.000,00 geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

**§ 31
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.02.2015 in Kraft.

Gleichzeitig treten außer Kraft:

die Friedhofssatzung vom 17.12.1997,
 die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung vom 12.12.2001,
 die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung vom 20.09.2004,
 die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung vom 19.12.2005,
 die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung vom 05.04.2006,
 die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung vom 10.12.2009.

Mainz, 21.01.2015
 Wirtschaftsbetrieb Mainz (WBM)
 Anstalt des öffentlichen Rechts

gez.

gez.

Jeanette Wetterling
 Vorstand

Michael Paulus
 Vorstand

HINWEIS:

Gemäß § 24 Absatz 6 der Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Anstalt unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Satzung über die Erhebung von Gebühren
 für die Benutzung der Friedhöfe
 des Wirtschaftsbetriebes Mainz
 Anstalt des öffentlichen Rechts
 (WBM)**

vom 21.01.2015

Aufgrund des § 3 Abs. 1 der Wirtschaftsbetriebssatzung vom 18.12.2008 in Verbindung mit § 24 und § 86 a Abs. 3 der Gemeindeordnung (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19.08.2014 (GVBl. S. 181) sowie der §§ 7 und 8 KAG vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2011 (GVBl. S. 25) und §§ 2 bis 7 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364) hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 20.01.2015 für die Friedhöfe

Hauptfriedhof Mainz mit Urnenhain
 Friedhof Mainz-Mombach
 Friedhof Mainz-Bretzenheim
 Friedhof Mainz-Drais
 Friedhof Mainz-Ebersheim
 Friedhof Mainz-Finthen
 Friedhof Mainz-Gonsenheim
 Friedhof Mainz-Hechtsheim
 Friedhof Mainz-Marienborn
 Friedhof Mainz-Laubenheim
 Friedhof Mainz-Laubenheim (kirchlich)
 Friedhof Mainz-Weisenau alt
 Friedhof Mainz-Weisenau neu
 Bezirksfriedhof Mainz-West

die folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeines

**§ 1
Allgemeines**

- 110** Für die Benutzung der Einrichtungen des WBM und seiner Anlagen und den damit verbundenen Leistungen werden Benutzungsgebühren, Bestattungsge-



bühren und Verwaltungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung erhoben.

§ 2

Gebührensschuldner, Entstehung Ansprüche, Fälligkeit

210 Gebührensschuldner ist:

- wer eine oder mehrere in dieser Satzung aufgeführte Leistungen beantragt oder in Auftrag gibt,
- wer nach § 9 des Bestattungsgesetzes Bestattungspflichtiger ist.

Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

212 Die Gebührenschuld entsteht mit der Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungen nach der Friedhofs- und Gebührensatzung; bei antragsabhängigen Leistungen entsteht die Gebührenschuld mit Antragstellung; bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebühr mit Beendigung der jeweiligen Amtshandlung. Gebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

II. Bestattungen

§ 3

Erdbestattungen

310 Für die Durchführung einer Erdbestattung werden folgende Gebühren erhoben:

311 Für Verstorbene, die das 5. Lebensjahr vollendet haben, 424,00 €

312 Für Verstorbene, die das 5. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, und Totgeburten bzw. bei der Geburt Verstorbene 85,00 €

315 Bei Doppelbeisetzungen zum gleichen Zeitpunkt in eine gemeinsame Grabstelle ermäßigen sich die Gebühren für die zweite Beisetzung bei den Punkten 311 und 312 um 50 %.

330 Für die Benutzung einer Trauerhalle auf einem Friedhof bei Beerdigungen und sonstigen Anlässen wird als Gebühr für die Dauer einer Trauerfeier nach § 26 (3) der Friedhofssatzung erhoben: 234,00 €

331 Abweichend von Ziffer 330 wird für die Benutzung der Andachtshalle des Friedhofs Mainz-Drais bei Beerdigungen und sonstigen Anlässen folgende Gebühr für die Dauer einer Trauerfeier nach § 26 (3) der Friedhofssatzung erhoben: 70,00 €

332 Für die Benutzung der Trauerhallen über die Zeit nach 330 hinaus, erhöht sich die Gebühr je weitere angefangene 20 Minuten um 187,00 €

333 Für die Benutzung der Andachtshalle über die Zeit nach 331 hinaus, erhöht sich die Gebühr je weitere angefangene 20 Minuten um 56,00 €

Für die Benutzung der Trauerhalle (Ziffer 330-333) bei Doppel- bzw. Mehrfachbeerdigungen wird nur die einfache Gebühr erhoben.

§ 4

Urnenbeisetzungen

450 Für Urnenbeisetzungen wird folgende Gebühr erhoben

451 je Urne 90,00 €

§ 4 a

Öffnen und Schließen der Gräber

470 Für das Öffnen und Schließen der Gräber werden folgende Gebühren erhoben:

471 Erdreihengrab 435,00 €

472 Erdwahlgrab 870,00 €

473 Urnengrab / Fetengrab 62,00 €

475 Kolumbarium 31,00 €

476 Kindergräber 87,00 €

480 Für die vorübergehende Ausbettung und Wiederbeisetzung einer Urne bei Erdbestattungen je Urne 31,00 €

III. Ausbettungen

Für Ausbettungen werden folgende Gebühren erhoben:

§ 5

Erdgräber

510 Für die Ausbettung eines Verstorbenen, der das 5. Lebensjahr vollendet hatte

511 Von Beginn des 6. Jahres bis zum Ablauf der 20-jährigen Ruhefrist 1.088,00 €

512 Von mehr als 20 Jahren 1.001,00 €

520 Für die Ausbettung eines Verstorbenen, der das 5. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte

521 Von Beginn des 6. Jahres bis zum Ablauf der 15-jährigen Ruhefrist 109,00 €

522 Ab Beginn des 16. Jahres 100,00 €

Bei gerichtlich angeordneter Ausbettung von Verstorbenen mit einer Liegezeit von Beginn des 1. Jahres bis zum Ablauf der 20-jährigen Ruhefrist wird eine Gebühr, entsprechend der Gebührensätze nach 511 und 512 bzw. 521 und 522, berechnet.



**§ 6
Urnengräber**

610 Für das Ausbetten einer Urne je Urne 77,00 €

IV. Graberwerb

**§ 7
Wahlgräber**

710 Für das 30-jährige Nutzungsrecht an Wahlgräbern mit Doppelbelegung (Tiefgräber) werden folgende Gebühren erhoben:

711 Einstellige Grabstätte, 2.424,00 €
bei zwei- und mehrstelligen Grabstätten erhöht sich die Gebühr um das Zwei- oder Mehrfache

712 Einstellige Grabstätte als Rasengrab, sonst wie 711 3.044,00 €

715 Ausweisung eines Gruftplatzes auf dem Hauptfriedhof pro 10,00 qm 1.722,00€

716 Wahlgrabstätten auf dem Hauptfriedhof Bereiche III-V, die lt. Sonderregelung nach Ablauf des bisherigen Nutzungsrechtes als Memento weiter genutzt werden.
Je Jahr und Stelle 30,00 €

730 Die Verlängerung des Nutzungsrechtes an Wahlgräbern kann - auch wiederholt - für 5 Jahre oder ein Vielfaches von 5 Jahren erfolgen. Je Verlängerungsjahr beträgt die Gebühr für

731 Einstellige Grabstätten 80,00 €
Bei zwei- und mehrstelligen Grabstätten erhöht sich die Gebühr um das Zwei- oder Mehrfache.

732 Bei einstelligen Grabstätten als Rasengrab 101,00 €

733 Bei Gruftplätzen auf dem Hauptfriedhof pro 10,00 qm Grabfläche 57,00 €

In Ausnahmefällen kann der WBM einer jährlichen Verlängerung des Nutzungsrechtes zustimmen.

**§ 8
Reihengräber**

811 Für die Überlassung eines Reihengrabes auf 20 Jahre 984,00 €

813 Für die Überlassung eines Kinderreihengrabes auf 15 Jahre 367,00 €

814 Für die Überlassung eines Kinderreihengrabes als Rasengrab auf 15 Jahre 571,00 €

816 Überlassung eines Reihengrabes als Rasengrab auf 20 Jahre 1.417,00 €

**§ 9
Urnwahlgräber**

910 Für das 30-jährige Nutzungsrecht an Urnenwahlgräbern

911 Grabstätte für 2 Urnen 1.330,00 €

912 Grabstätte für 4 Urnen 1.859,00 €

913 Grabstätte für 6 Urnen 2.442,00 €

914 Grabstätte für 2 Urnen als Rasengrab 1.591,00 €

930 Die Verlängerung des Nutzungsrechtes an Urnenwahlgräbern kann - auch wiederholt - für 5 Jahre oder ein Vielfaches von 5 Jahren erfolgen. Je Verlängerungsjahr beträgt die Gebühr für

931 Grabstätten für 2 Urnen 44,00 €

932 Grabstätten für 4 Urnen 61,00 €

933 Grabstätten für 6 Urnen 81,00 €

934 Grabstätten für 2 Urnen als Rasengrab 53,00 €

In Ausnahmefällen kann der Wirtschaftsbetrieb Mainz einer jährlichen Verlängerung des Nutzungsrechtes zustimmen.

**§ 10
Urnereiengräber**

1011 Für die Überlassung eines Urnereiengrabes auf 20 Jahre 480,00 €

1012 Für die Überlassung eines Urnereiengrabes auf 20 Jahre zum Zwecke der anonymen Urnenbeisetzung 515,00 €

1013 Für die Überlassung eines Urnereiengrabes auf 20 Jahre als Rasengrab 630,00 €

1014 Für die Überlassung eines Kinderurnereiengrabes auf 15 Jahre als Rasengrab 435,00 €

**§ 11
Kolumbarien**

1110 Für das 30-jährige Nutzungsrecht an einer offenen oder geschlossenen Urnennische oder Urnenkammer

1111 Für 1 - 2 Urnen 1.637,00 €

1112 Bis zu 4 Urnen 1.943,00 €

1113 Bis zu 6 Urnen 2.083,00 €



1120 Die Verlängerung des Nutzungsrechtes an einer Urnennische/-kammer kann - auch wiederholt - für 5 Jahre oder ein Vielfaches von 5 Jahren erfolgen. Je Verlängerungsjahr beträgt die Gebühr

1121 Für 1 - 2 Urnen 54,00 €

1122 Bis zu 4 Urnen 65,00 €

1123 Bis zu 6 Urnen 69,00 €

In Ausnahmefällen kann der Wirtschaftsbetrieb Mainz einer jährlichen Verlängerung des Nutzungsrechtes zustimmen.

V. Verwaltungskosten

§ 12 Genehmigung

1212 Für die Genehmigung eines Antrages zur Einfahrt in einen Friedhof mit einem Firmenfahrzeug oder einem Privatfahrzeug gemäß § 5 Abs. 2 a) der Friedhofssatzung für einen Friedhof mit Chipkarte
je Chipkarte jährlich 22,00 €

1222 Für die Ausstellung eines Grabnachweises, wenn außerhalb eingäsichert wurde und die Urnenbeisetzung in Mainz erfolgt 11,00 €

VI. Abräumen von Gräbern

§ 13 Abräumen von Gräbern

a) Für das Abräumen von Gräbern einschließlich des Einebnens und Einsäens, deren Erwerb vor dem 01.01.2010 (sog. Altfälle) sowie ab Inkrafttreten dieser Satzung erfolgte, werden nachfolgende Gebühren erhoben:

1310 Bei einstelligen Erdgräbern (mit Ausnahme von Kinderreihengräbern gemäß Ziffer 813)

1311 ohne Steineinfassung und ohne Grabmal 71,00 €

1312 mit Steineinfassung oder anzeigepflichtigem Grabmal (siehe § 18 Abs. 1 der Friedhofssatzung) 283,00 €

1313 mit Steineinfassung und anzeigepflichtigem Grabmal (siehe § 18 Abs. 1 der Friedhofssatzung) oder grababdeckender Platte 424,00 €

1320 Bei einstelligen Urnen- oder Kindergräbern

1321 ohne Steineinfassung und ohne Grabmal 35,00 €

1322 mit Steineinfassung oder anzeigepflichtigem Grabmal (siehe § 18 Abs. 1 der Friedhofssatzung) 141,00 €

1323 mit Steineinfassung und anzeigepflichtigem Grabmal (siehe § 18 Abs. 1 der Friedhofssatzung) oder grababdeckender Platte 212,00 €

1330 Bei mehrstelligen Erdgräbern wird zu der jeweiligen Gebühr 1311 bis 1313 je Mehrstelle ein Zuschlag von 50 % der betreffenden Gebühr erhoben.

b) Bei einem Graberwerb in der Zeit vom 01.01.2010 bis 31.01.2015 ist das Abräumen von Gräbern einschließlich des Einebnens und Einsäens bereits mit der Gebühr für den Graberwerb abgegolten.

VII. Sonstiges

§ 14 Sonstige Leistungen

1411 Für die Umschreibung des Nutzungsrechtes 22,00 €

1442 Für die Bearbeitung einer Grabmalanzeige 28,00 €

1480 Für die nicht aufgeführten Sonderleistungen richtet sich die Gebühr nach den tatsächlich erbrachten Leistungen und dem Aufwand.

1481 Für die vorübergehende Einstellung einer Leiche, sofern keine Trauerhalle / Andachts-halle in Anspruch genommen wird, für jeden angefangenen Kalendertag 10,00 €

VIII. Härtefallregelung

§ 15 Billigkeitsmaßnahmen

1510 In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei Vorliegen besonderer sozialer Härten, können einzelne Gebühren nach gesondertem schriftlichen Antrag ganz oder teilweise erlassen oder in Ratenzahlungen beglichen bzw. nach § 14 Kommunalabgabengesetz Rheinland-Pfalz gestundet werden.



IX. Inkrafttreten

**§ 16
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.02.2015 in Kraft.

Zugleich treten die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe und des Krematoriums des Eigenbetriebes Friedhofs- und Bestattungswesen (EFB) der Stadt Mainz vom 12.12.2001, die 1. Änderungssatzung vom 17.12.2002, die 2. Änderungssatzung vom 20.09.2004 sowie die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe des Wirtschaftsbetriebes Mainz Anstalt des öffentlichen Rechts (WBM) vom 10.12.2009 außer Kraft.

Mainz, 21.01.2015
Wirtschaftsbetrieb Mainz (WBM)
Anstalt des öffentlichen Rechts

gez.	gez.
Jeanette Wetterling Vorstand	Michael Paulus Vorstand

HINWEIS:

Gemäß § 24 Absatz 6 der Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Anstalt unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Wirtschaftsbetrieb Mainz
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Öffentliche Bekanntmachung

Aufgrund der Ermächtigung durch den § 5 der Anstaltssatzung und nach Zustimmung durch den Verwaltungsrat vom 20.01.2015 überträgt der Vorstand seine Vertretungsbefugnis auf die Beschäftigte der Anstalt Frau Sylvia Dotzauer.

Bei Verhinderung eines Vorstandsmitgliedes darf die Vorgenannte einzeln die Vertretung mit einem Vorstandsmitglied

ausüben. Sind beide Vorstandsmitglieder verhindert, können mindestens zwei Vertretungsbefugte die Anstalt vertreten. Die Vertreter zeichnen mit dem Zusatz „in Vertretung“.

Mainz, den 21.01.2015
Wirtschaftsbetrieb Mainz
Anstalt des öffentlichen Rechts

gez.	gez.
Jeanette Wetterling Vorstand	Michael Paulus Vorstand

Stellenausschreibungen

Wir suchen für **unsere Kommunale Datenzentrale** in der Abteilung Systemservice, Gruppe Servicemanagement eine/ einen

Mitarbeiterin/Mitarbeiter im Service
Kennziffer 16/1

Aufgaben u. a.:

- Annahme und Analyse von telefonischen/per Mail gestellten Anfragen der Endanwenderinnen und Endanwender (First Level Support)
- Lösung von EDV-Problemen und Aufträgen mittels Fernwartungstools und Administrationskonsolen
- Qualifizierte Weiterleitung von Serviceanfragen an den Second Level Support
- Dokumentation der Anfragen und Aufträge im Ticketsystem
- Installation, Konfiguration und Inbetriebnahme von Hard- und Software
- Mitarbeit in IT-Projekten

Wir erwarten:

- abgeschlossene Berufsausbildung als Fachinformatiker/-in der Fachrichtung Systemintegration, Fachinformatiker/-in der Fachrichtung Anwendungsentwicklung, Informatikkauffrau/-mann, Informations- und Telekommunikations-Elektroniker/-in, Informations- und Telekommunikations-Systemkauffrau/-mann oder IT-Systemelektroniker/-in
- kundenorientierte Denk- und Arbeitsweise
- ausgeprägte Team- und Kommunikationsfähigkeit
- Flexibilität und Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung
- sehr gute PC Kenntnisse
- sehr gute Kenntnisse der Betriebssysteme und Office-Anwendungen der Firma Microsoft
- Kenntnisse in Lotus Notes und Novell sind wünschenswert
- Berufserfahrung im IT-Service ist wünschenswert
- PKW-Führerschein Klasse B ist wünschenswert

Entgeltgruppe 8 TVöD
(bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen)



Wir begrüßen besonders Bewerbungen von Frauen, da wir im Rahmen unseres Frauenförderplanes bestrebt sind, den Frauenanteil in diesem Bereich zu erhöhen. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind uns willkommen.

Die Stadtverwaltung Mainz wurde im Rahmen des Audits "berufundfamilie" als familienorientiertes Unternehmen zertifiziert.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen richten Sie bitte bis spätestens 15. Februar 2015 unter Angabe der Kennziffer 16/1 an:

Landeshauptstadt Mainz
Hauptamt
Postfach 38 20 / 55028 Mainz
E-Mail: bewerbung@stadt.mainz.de

Wir suchen für unser **Verkehrsüberwachungsamt** eine/einen

Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter

Verkehrsabteilung, Sachgebiet Führerscheinstelle
Teilzeit, mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit
befristet auf ein Jahr
Kennziffer 31/1

Aufgaben u. a.:

- Neuerteilung von Fahrerlaubnissen nach Entzug
- Verlängerung von Fahrerlaubnissen
- Aberkennung/Anerkennung von ausländischen Fahrerlaubnissen
- Umschreibung ausländischer Fahrerlaubnisse
- Durchführung von Maßnahmen für Fahrerlaubnisse in der Probezeit
- Durchführung von Maßnahmen nach dem neuen Punktesystem (Fahreignungsregister)
- Anordnung geeigneter Maßnahmen im Rahmen der Eignungsprüfungen
- Entziehung von Fahrerlaubnissen

Wir erwarten:

- abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte/-r bzw. abgeschlossene Verwaltungsprüfung I
- sicherer Umgang mit EDV
- selbstständige, eigenverantwortliche Arbeitsweise
- sicheres Auftreten
- kundenorientiertes Verhalten, auch in Konfliktsituationen

Entgeltgruppe 8 TVöD

Die Förderung von Vielfalt in der Verwaltung ist ein Leitziel der Landeshauptstadt Mainz. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind uns willkommen.

Die Stadtverwaltung Mainz wurde im Rahmen des Audits "berufundfamilie" als familienorientiertes Unternehmen zertifiziert.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen richten Sie bitte bis spätestens 15. Februar 2015 unter Angabe der Kennziffer 31/1 an:

Landeshauptstadt Mainz
Hauptamt
Postfach 38 20 / 55028 Mainz
E-Mail: bewerbung@stadt.mainz.de

Wir suchen für unser **Amt für Jugend und Familie** eine/einen

Leiterin / Leiter für die Kindertagesstätte Mombach Hauptstraße

Kennziffer 51/5

Die Einrichtung umfasst folgendes Betreuungsangebot: 2 geöffnete Regelgruppen mit je 22 Plätzen (davon je 6 Plätze für Kinder ab 2 Jahren) und 2 Kindergartengruppen mit je 25 Plätzen für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Die Einrichtung hat eine Gesamtkapazität von 94 Plätzen (davon stehen 68 Ganztagsplätze zur Verfügung). Die Kindertagesstätte ist von 7:00 bis 17:00 Uhr geöffnet.

Aufgaben u. a.:

- Personalführung für 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- pädagogische Anleitung des Teams einschließlich Konzeptentwicklung
- Elternarbeit
- Organisation des hauswirtschaftlichen Bereichs
- Verwaltungsaufgaben einschließlich Haushaltsführung

Wir erwarten:

- Ausbildung als staatlich anerkannte/-r Erzieherin bzw. Erzieher oder vergleichbare sozialpädagogische Ausbildung mit mindestens 1-jähriger Berufserfahrung im Kita-Bereich
- Teamführungskompetenz
- gute Kenntnisse der aktuellen pädagogischen Fachdiskussionen
- Erfahrungen mit Konzeptionsentwicklungsprozessen
- Organisationsfähigkeit und Verhandlungsgeschick
- Durchsetzungsvermögen
- Erfahrungen mit einschlägigen EDV-Programmen

Entgeltgruppe S 13 TVöD

Die Förderung von Vielfalt in der Verwaltung ist ein Leitziel der Landeshauptstadt Mainz. Wir begrüßen besonders Bewerbungen von Frauen, da wir im Rahmen unseres Frauenförderplanes bestrebt sind, den Frauenanteil auf dieser Funktionsebene zu erhöhen. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind uns willkommen.



Die Stadtverwaltung Mainz wurde im Rahmen des Audits "berufundfamilie" als familienorientiertes Unternehmen zertifiziert.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen richten Sie bitte bis spätestens 15. Februar 2015 unter Angabe der Kennziffer 51/5 an:

Landeshauptstadt Mainz
Hauptamt
Postfach 38 20 / 55028 Mainz
E-Mail: bewerbung@stadt.mainz.de

 **Gremien**

Einladung
zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen und
Beteiligungen am
Dienstag, 03.02.2015, 16:30 Uhr,
Valencia-Zimmer, Rathaus, Jockel-Fuchs-Platz 1,
55116 Mainz

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 6 bis 7
2. Kenntnisnahme der Niederschriften über die Sitzungen vom 23.09.2014, 25.11.2014, 03.12.2014 und 16.12.2014
3. Aufnahme eines Investitionsdarlehens
4. Wirtschaftliche Beteiligungen
5. Mitteilungen

b) öffentlich

6. Ersatzneubau der städtischen Kindertagesstätte Gabelsbergerstraße; Mehrkosten
7. Mitteilungen

Mainz, 29.01.2015

gez.

Günter Beck
Bürgermeister

Einladung
zur Sitzung des Ortsbeirates
Mainz-Hartenberg/Münchfeld am
Dienstag, 03.02.2015, 18:30 Uhr,
Sitzungsraum der Ortsverwaltung,
John-F.-Kennedy-Str. 7 B, 55122 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

Anträge

1. Fehlender Wetterschutz Bushaltestelle "Ketteler-Kolleg" (SPD)
2. Zukünftige Hausarztversorgung (SPD)
3. Einwohnerfragestunde

Anfragen

4. Baustelle Wallstraße (CDU)
5. Sachstandsberichte
6. Mitteilungen und Verschiedenes

b) nicht öffentlich

7. Anfrage 1637/2014, ÖDP
8. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
9. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 26.01.2015

gez.

Ann Kristin Pfeifer
1. stellv. Ortsvorsteherin

Einladung
zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Gonsenheim am
Dienstag, 03.02.2015, 18:30 Uhr,
Rathaussaal Mainz-Gonsenheim, Pfarrstr. 1, 55124 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

Anträge

1. Buslinie 47 (CDU)
2. Behindertengerechter Zugang Barocksaal (CDU)
3. Sperrflächen an den Kreuzungsbereichen in der Breite Straße (FDP)
4. Verkehrssituation Waldstraße (SPD)



5. Einwohnerfragestunde

Anfragen

6. Unfallzahlen Koblenzer Straße (CDU)
7. Eisglätte (CDU)
8. Änderung der Fahrroute der Linie 62 (SPD)
9. Parkplatzsituation im Neubaugebiet An den Reben "Leben in der Gemeinschaft und in Mehrzweckhäusern"(SPD)
10. Sachstandsberichte
11. Beabsichtigte Umwandlung des Fußgängerüberwegs („Zebrastrreifen“) in der Alfred-Delp-Straße in eine Querungshilfe am Gleisbergzentrum
12. Mitteilungen und Verschiedenes

b) nicht öffentlich

13. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
14. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 27.01.2015

gez.

Sabine Flegel
Ortsvorsteherin

Einladung

**zur Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am
Mittwoch, 04.02.2015, 16:30 Uhr,
Valencia-Zimmer, Rathaus, Jockel-Fuchs-Platz 1,
55116 Mainz**

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 7
2. Kenntnisnahme der Niederschriften über die Sitzungen vom 26.11.2014 und 03.12.2014

b) öffentlich

3. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
4. Organisationsberatung beim 34 - Standes- und Versicherungsamt - Abschlussbericht
5. Vollzug des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG);

6. Projektpräsentation "Ausländerbehörden - Willkommensbehörden"

7. Jahresbericht 2014 der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Landeshauptstadt Mainz

c) nicht öffentlich

8. Personalangelegenheiten
9. Mitteilungen

Mainz, 28.01.2015

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister

**Einladung
zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Oberstadt am
Mittwoch, 04.02.2015, 18:00 Uhr,
Gästehaus INNdependence, Sitzungssaal,
Gleiwitzer Str. 4, 55131 Mainz**

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Bewohnerparkgebiet O 7
- Bericht der Verwaltung -

Anträge

2. Krähenplage rund um die Fichteplatzsiedlung (CDU)
3. Bürgerversammlung zum Thema "Heilig-Kreuz-Areal" (FDP)
4. Unterführung an der Straßenbahn-Haltestelle "Kurmainz-Kaserne" (FDP)
5. Provisorische Unterbringung von Flüchtlingen (CDU)
6. Bücherkasten (offene Bücherei) (ÖDP)
7. Historischer Feuerlöscher Berliner Siedlung (ÖDP)

Anfragen

8. Ankauf von Belegungsrechten wegen entfallender Mietpreisbindung bei Wohnungen im Berliner Viertel (SPD)
9. Abriss und Neubau des Hildegardis-Krankenhauses (SPD)
10. Neubebauung Rodelberg (CDU)
11. Verkehrssituation in der Schillstraße (SPD)



12. Verwaltungsgebäude GFZ-Kaserne (ÖDP)
13. Sachstandsberichte
 - 13.1. Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 1591/2014 ödp, Ortsbeirat Mainz-Oberstadt
 - 13.2. Sachstandsbericht zu Antrag 1634/2014 FDP, Ortsbeirat Mainz-Oberstadt
 - 13.3. Sachstandsbericht zu Antrag 1632/2014, CDU Ortsbeiratsfraktion Mainz-Oberstadt
14. Mitteilungen und Verschiedenes
15. Fragen und Anregungen aus der Mitte des Ortsbeirates
16. Vorstellung der ökumenischen Flüchtlingshilfe (ca. 19.00 Uhr; etwa 10 Min.)
17. Einwohnerfragestunde (ca. 19.10 Uhr)

b) nicht öffentlich

18. Anfrage ÖDP
19. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
20. Stadtteilmittel 2015
21. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 28.01.2015

gez.

Ursula Beyer
Ortsvorsteherin

Einladung
zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Neustadt am
Mittwoch, 04.02.2015, 18:00 Uhr,
Quartiersräume in der Goethe-Schule, Scheffelstr. 2,
55118 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

Anträge

1. Tischtennisplatte - Sömmerringplatz (ÖDP)
2. Bahnlärm in der Mainzer Neustadt (SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)
3. Barrierefrei Einkaufen und barrierefreie Dienstleistungen in der Mainzer Neustadt (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
4. Schlaglöcher stopfen! (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anfragen

5. Baumfällungen im Zuge der Umsetzung von "N84" (DIE LINKE)
6. Schachfiguren - Goetheplatz (ÖDP)
7. Bildungszugang ohne Barrieren (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
8. Car-Sharing in der Mainzer Neustadt (SPD, BÜNDNIS 90/GRÜNEN)
9. Förderprogramme für eine Kulturbäckerei (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Astbrüche Pankratiusstraße (CDU)
11. Baumscheibe gegenüber Sömmerringstraße 37-39 (CDU)
12. Abschüssigen Boden auf dem Goetheplatz verfestigen (CDU)
13. Valenciaplatz: Fahrzeugspuren im Schlamm (CDU)
14. Gehweg Richard-Wagner-Straße (CDU)
15. Zustände auf dem Grundstück Josefsstraße 1 (CDU)
16. Stehendes Wasser an der Ecke Gartenfeldstraße / Adam-Karillion-Straße (CDU)
17. Werderstraße: Zaunanlage zu Bahnanlage kaputt (CDU)
18. Sachstandsberichte
19. Ersatzneubau der städtischen Kindertagesstätte Gabelsbergerstraße; Mehrkosten
20. Mitteilungen und Verschiedenes
21. Einwohnerfragestunde

b) nicht öffentlich

Anfragen

22. Anfrage CDU
23. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
 - 23.1. Grundstücksangelegenheit;
24. Mitteilungen und Verschiedenes
25. Stadtteilmittel

Mainz, 28.01.2015

gez.

Johannes Kломann
Ortsvorsteher



Einladung
zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Bretzenheim am
Mittwoch, 04.02.2015, 19:00 Uhr,
Sitzungsraum des Bretzenheimer Rathauses,
An der Wied 2, 55128 Mainz

Tagesordnung

a) **öffentlich**

Anträge

1. Häufigere Leerung der Mülleimer einschließlich der Zigarettenkippen an Haltestellen der MVG (ÖDP)
2. Säuberung der Grünfläche am Parkplatz Dalheimer Weg (ÖDP)
3. Umgestaltung der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 52 (SPD)
4. Umgestaltung der Wilhelmstraße (SPD)
5. Fahrradweg Albert-Stoher-Straße Richtung Ortskern (CDU)
6. Straßensperrungen im Zuge des Baus der Mainzelbahn (CDU)
7. Stadtteilbezogenes Konzept "Alternsgerechtes Bretzenheim" (SPD)
8. Beseitigung des Wasserrückstau bei Starkregen am Fußgängerüberweg Turnvater-Jahn-Straße/Höhe Skagerrakstraße (SPD)

Anfragen

9. Vermessungspunkte auf der Wiese im Bereich Am Wildgraben/Mühlweg (SPD)
10. Informationsblatt zur Erhaltungs- und Gestaltungssatzung "B 155 S" (SPD)
11. Wiederkehrende Beiträge (CDU)
12. Einwohnerfragestunde
13. Sachstandsberichte
14. Mitteilungen und Verschiedenes

b) **nicht öffentlich**

15. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
16. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 29.01.2015

gez.

Claudia Siebner
Ortsvorsteherin

Einladung
zur Sitzung des Ausschusses für
Umwelt, Grün und Energie am
Donnerstag, 05.02.2015, 16:30 Uhr,
Erfurter Zimmer, Rathaus, Jockel-Fuchs-Platz 1,
55116 Mainz

Tagesordnung

a) **nicht öffentlich**

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 11
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 30.09.2014

b) **öffentlich**

3. Sachstandsbericht zu Antrag 0695/2014 FDP-Stadtratsfraktion;
hier: Prüfung der Rechtsverordnung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der Stadt Mainz
Vorlage: 0130/2015
4. Urbane Strategien zur Bewältigung der negativen Folgen des Klimawandels; mündlicher Bericht zum Projekt Klimoprax
- mündlicher Bericht -
5. Biotopflächen des Layenhofes als Naturschutzgebiet
- Vorlage -
6. Neuordnung der Wärmeversorgung auf dem Lerchenberg - Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag 0660/2014 der ödp (SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)
- Vorlage -
7. Antrag 1668/2009 der SPD; neue Version Ausbau regenerativer Energieerzeugung in Mainz
- Vorlage -
8. Antrag 0293/2008 der ödp; Energiesparkonzept für stadtnahe Gesellschaften
- Vorlage -
9. Antrag 1917/2010 SPD, FDP, Bündnis 90 Die Grünen; Umsetzungskonzept zum Erreichen der Klimaziele der Stadt Mainz - Gründung einer Klimaschutz- und Energieagentur Mainz
- Vorlage -
10. Kinderfreundliches Mainz 2015
Vorlage: 1785/2014



11. Mitteilungen

Mainz, 26.01.2015

gez.

Katrin Eder
Beigeordnete

.....
Einladung
zur Sitzung des Kulturausschusses am
Donnerstag, 05.02.2015, 16:30 Uhr,
Naturhistorisches Museum, Reichklarastraße 10/
Mitternacht, Vortragsraum,
55116 Mainz, Treffpunkt: vor der Kasse

Tagesordnung

a) **nicht öffentlich**

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 8
2. Unterrichtung des Kulturausschusses über die Vergabe von Projektmitteln im Jahr 2014

b) **öffentlich**

3. Naturhistorisches Museum
4. Ausstellungsprogramm in der Rathausgalerie 2015
5. Ausstellungsvergütung für Bildende Künstlerinnen und Künstler
6. Antrag 1445/2012/2: Raumnot bekämpfen - Leerstände nutzen (SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP)
7. Mitteilungen / Verschiedenes
8. Einwohnerfragestunde

Mainz, 30.01.2015

gez.

Marianne Grosse
Beigeordnete

 **Impressum Amtsblatt**

Landeshauptstadt Mainz, Hauptamt
Abteilung Pressestelle | Kommunikation
Rathaus, Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz
Telefon 06131/ 12-2221
Telefax 06131/ 12-3383
pressestelle@stadt.mainz.de

Das Amtsblatt erscheint in der Regel wöchentlich am Freitag. Bei Bedarf wird eine zusätzliche Ausgabe aufgelegt. Hauptdistributor des Amtsblattes ist die Internetplattform www.mainz.de. Dort kann über eine Newsletterfunktion das Amtsblatt kostenfrei abonniert werden. Ein Download als pdf-Dokument ist möglich. Download und Abonnement über die Adresse www.mainz.de/amtsblatt.

Das Amtsblatt wird montags zusätzlich im Rathaus und im Stadthaus zur kostenlosen Abholung ausgelegt. Für Bürgerinnen und Bürger, die über keinen Zugang zum Internet verfügen, kann das Amtsblatt auch in den Ortsverwaltungen ausgedruckt werden.